

## **Beschlussempfehlung und Bericht**

**des Ausschusses für Wirtschaft und Energie (9. Ausschuss)**

**zu dem Antrag der Abgeordneten Manfred Todtenhausen, Michael Theurer, Reinhard Houben, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der FDP  
– Drucksache 19/19118 –**

**Vitale Innenstädte durch starken Einzelhandel – Auch in Zeiten von Corona**

### **A. Problem**

Flächendeckende Öffnung der Ladenlokale des Facheinzelhandels; Gleichbehandlung für stationären Handel und Onlinehandel; Flexibilisierung der Öffnungszeiten und Lockerung des Sonntagsverbotes für den Einzelhandel.

### **B. Lösung**

**Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktionen der AfD und FDP.**

### **C. Alternativen**

Keine.

### **D. Kosten**

Keine.

**Beschlussempfehlung**

Der Bundestag wolle beschließen,  
den Antrag auf Drucksache 19/19118 abzulehnen.

Berlin, den 17. Juni 2020

**Der Ausschuss für Wirtschaft und Energie**

**Klaus Ernst**  
Vorsitzender

**Steffen Kotré**  
Berichterstatter

## Bericht des Abgeordneten Steffen Kotré

### I. Überweisung

Der Antrag auf **Drucksache 19/19118** wurde in der 160. Sitzung des Deutschen Bundestages am 14. Mai 2020 an den Ausschuss für Wirtschaft und Energie zur Federführung sowie an den Ausschuss für Recht und Verbraucherschutz zur Mitberatung überwiesen.

### II. Wesentlicher Inhalt der Vorlage

Die Antragsteller fordern, dass der Facheinzelhandel flächendeckend seine Ladenlokale öffnen dürfen soll. Dabei sollten einheitliche Kriterien und als Maßgabe Sicherheitsvorgaben und Hygienestandards wie für Läden des täglichen Bedarfs gelten. Darüber hinaus müssten stationärer und Onlinehandel künftig kartellrechtlich gleich behandelt werden. Auch die Öffnungszeiten sollen flexibilisiert und unter anderem das Sonntagsverbot für den Einzelhandel gemäß den verfassungsmäßigen Vorgaben gelockert werden. Um Innenstädte attraktiver zu machen, schlagen die Antragsteller sowohl die Rücknahme von Fahrverboten als auch einen besseren öffentlichen Nahverkehr und die Weiterentwicklung von intelligenten Verkehrsleitsystemen vor. Ein eigenes Verkehrszeichen für Ladezonen soll helfen, Konflikte zwischen fließendem und Lieferverkehr zu vermeiden.

### III. Stellungnahme des mitberatenden Ausschusses

Der **Ausschuss für Recht und Verbraucherschutz** hat den Antrag auf Drucksache 19/19118 in seiner 97. Sitzung am 17. Juni 2020 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktionen der AfD und FDP dessen Ablehnung.

### IV. Beratungsverlauf und Beratungsergebnisse im federführenden Ausschuss

Der Ausschuss für Wirtschaft und Energie hat den Antrag auf Drucksache 19/19118 in seiner 78. Sitzung am 17. Juni 2020 abschließend beraten.

Der **Ausschuss für Wirtschaft und Energie** beschloss mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktionen der AfD und FDP, dem Deutschen Bundestag die Ablehnung des Antrags auf Drucksache 19/19118 zu empfehlen.

Berlin, den 17. Juni 2020

**Steffen Kotré**  
Berichtersteller

